

Christa Wichterich

Die Globalisierung der menschlicher Unsicherheit und globale soziale Rechte von Frauen

Der Begriff der menschlichen Sicherheit gewann in entwicklungspolitischen Diskursen genau zu dem Zeitpunkt an Bedeutung, als in den 1990er Jahren offensichtlich wurde, dass die neoliberale Globalisierung ein höchst risikoreiches und krisenanfälliges System ist. Weder die internationalen Finanzinstitutionen, die Weltbank und der Internationale Währungsfonds, noch die global mächtigsten Politikmacher der G7/8 verhinderten, dass menschliche Unsicherheiten globalisiert, soziale Ungleichheiten weltweit vergrößert und materielle Armut und soziale Verelendung zu einer Bedrohung wurden.

Frauen in Lateinamerika und Afrika hatten bereits in den 1980er Jahren die bittere Erfahrung gemacht, dass wirtschaftliches Aufholen und Anpassen an die neoliberalen Spielregeln des Weltmarkts ihre herkömmlichen Strategien der Existenzsicherung und ihre sozialen Sicherungsnetze aushebeln. Sparmaßnahmen der öffentlichen Haushalte hatten dramatische Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit: Kürzung der Gesundheits- und Bildungsbudgets bei gleichzeitiger Einführung von „Kostenbeteiligung“, Streichung der Subventionen für Nahrungsmittel und Transport, massive Entlassungen im öffentlichen Sektor. Der Übergang von nicht-marktförmigem Wirtschaften zu marktgerichteter Produktion und exportorientiertem Handel übersetzte sich gleichzeitig in einen Druck auf Frauen, die kleinbäuerliche Produktion von der Selbstversorgung auf markt- oder exportorientierten Anbau umzustellen, oder aber im expandierenden informellen Sektor, in neuen Dienstleistungsbranchen oder den arbeitsintensiven Exportindustrien eine unsichere und schlecht bezahlte Erwerbsarbeit aufzunehmen.

Ihre Integration in die Geld- und Marktwirtschaft mag ein Schritt des individuellen Empowerments gewesen sein, der Risse in den herkömmlichen Geschlechterverhältnissen verursachte. Doch dieser Schritt blieb voller Widersprüche in bezug auf seine Emanzipationspotentiale und mit einem hohem Sicherheitsrisiko behaftet. Die Abhängigkeiten der Frauen von Wettbewerbsrisiken, Konjunkturen und Weltmarktpreisen wuchsen, die Märkte erwiesen sich als stark geschlechtssegmentiert und mit Beschäftigung und Löhnen frauendiskriminierend. Die Marktprinzipien der Individualisierung und des Wettbewerbs zernagten die herkömmlichen familialen und nachbarschaftlichen Unterstützungsnetze, die auf Prinzipien der Wechselseitigkeit beruhten. Doch kein formales Sicherheitssystem schützte die Frauen vor den neuen und alten Lebensrisiken – vom Unfallschutz in den Exportfabriken über Schutz vor HIV/AIDS bis zur Alterssicherung. Stress, Not und Frustration in den Haushalten übersetzten die Männer häufig in Gewalt gegen die schwächeren Familienmitglieder.

Vor allem in den 1990er Jahren und ausgelöst durch die UN-Konferenzen setzte sich Rechtssicherheit als strategisches Konzept für das Empowerment

von Frauen durch. Durch Kämpfe und politische Verhandlungen auf der nationalen und internationalen Ebene gelang es in fast allen Kulturen, an formaler Rechtsgleichheit zuzugewinnen: Recht auf ein Erbe und Eigentum, Recht auf Chancengleichheit und Schutz vor Diskriminierung, politische Rechte, Schutz vor Gewalt. Ein begünstigendes legales Umfeld öffnet Frauen Emanzipationschancen als Rechtssubjekte und Staatsbürgerinnen. Trotzdem klappt zunächst einmal zwischen den in der Legislative errungenen Fortschritten und tatsächlicher Rechtssicherheit oder Garantie auf eine Einlösung dieser Rechte eine Kluft, die meist aufgrund verkrusteten gesellschaftlichen Bewusstseins und zementierter Machtstrukturen und -interessen schwer überwindbar ist.

Im vergangenen Jahrzehnt zerschellten dann in einer Serie von Krisen die Hoffnungen, dass die Globalisierung Win-Win-Situationen für alle schaffen, Teilhabe aller am Konsumwohlstand garantieren und damit bessere Voraussetzung für Rechts- und soziale Sicherheiten schaffen würde. In Südkorea zum Beispiel fungierte die Asienkrise als Katalysator für die Informalisierung und Prekarisierung von Beschäftigung, der Frauen aus dem formellen in den unsicheren informellen Sektor verschob. In Indonesien, Thailand und auf den Philippinen schrumpfte auch der informelle Sektor, und Frauen standen unter einem wachsenden Migrationsdruck. Dabei gerieten sie häufig in mafiöse Netzwerke von Schleppern und Frauenhändlern, wurden in sklavenähnliche Ausbeutung, vor allem in die Prostitution verschachert und dadurch jeglicher Sicherheiten beraubt.

Die Handelsliberalisierung gemäß den WTO-Abkommen treibt die Verunsicherung lokaler Ökonomien und nationaler Rechts- und Regulierungsregime noch einmal voran. Mit Zollsenkungen und dem Abbau protektionistischer Maßnahmen werden einheimische Märkte für Investoren und Konkurrenz aus dem Ausland geöffnet, die lokale Wertschöpfungsketten unterlaufen. Billigimporte überschwemmen die örtliche Agrarproduktion, das Handwerk, lokale Industrien und Dienstleistungen. Diese Konkurrenz bedroht Frauen in besonderem Maße, da sie in vielen Regionen die kleinbäuerliche Produktion und den Kleinhandel dominieren. Zunehmende Kommerzialisierung aller natürlichen Ressourcen und die Privatisierung von bislang öffentlich genutzten Wäldern, Weiden und Gewässern ziehen den Armen auf dem Land die (Über-)Lebensgrundlagen (*livelihood*) förmlich unter den Füßen weg.

Auf den Erwerbsmärkten besteht weltweit ein Trend, formale, d.h. vertragsrechtlich gesicherte Beschäftigungsverhältnisse abzubauen, um durch Kostensenkung die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Die expandierende Informalisierung und Prekarisierung von Arbeit geht einher mit der Feminisierung der Beschäftigung: die Erwerbsrate von Frauen wächst schneller als die von Männern. Nach Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation bleibt die Mehrzahl der Frauen in unsicherer, flexibler, schlecht bezahlter und Teilzeitbeschäftigung „kleben“. Diese Formen von Erwerbsarbeit, aus denen sich weder Einkommens- noch soziale Sicherheit ableiten, sind der Hauptgrund, warum nach ILO-Angaben 60 Prozent der *Working Poor* Frauen sind. In Europa werden Beschäftigung, Einkommen und

soziale Sicherheit durch Deregulierung und Sozialabbau gleichzeitig prekarisiert. In Osteuropa und China verschlechterte sich die zuvor staatlich garantierte soziale Sicherheit von Frauen alarmierend. In vielen asiatischen Ländern kommt es bereits zu einer Defeminisierung der Exportindustrie wegen der Produktionsverlagerungen nach China. Der globale Wettbewerb der Standorte führt dazu, dass die Job- und Einkommensgewinne von heute morgen schon wieder verloren sein können. Die globale Kostensenkungskonkurrenz hebt im Norden und Süden, im Westen und Osten jede Beschäftigungs- und Einkommenssicherheit aus.

Durch die Privatisierung der sozialen Sicherungssysteme mit privaten Kranken- und Rentenversicherungen, wird soziale Sicherheit von der individuellen Kaufkraft abhängig und aus der staatlichen Verantwortung für das Gemeinwohl in die Eigenverantwortung der Einzelnen verlagert. Gesundheit, Bildung, Alterssicherheit wandeln sich von öffentlichen Gütern zum privaten Luxus der Zahlungskraftigen. Wo es aber dem Markt und dem Geld überlassen wird, Lebensrisiken abzufedern und Schutz vor Gefahren zu schaffen, kann menschliche Sicherheit kein globales öffentliches Gut werden, auf das alle WeltbürgerInnen gemäß der Norm sozialer und globaler Gerechtigkeit - einschließlich Geschlechtergerechtigkeit - einen Anspruch haben. Vielmehr wird soziale Sicherheit auf diese Weise zu einem Produkt von marktgesteuerten Verteilungsmechanismen und nicht zu einem Ergebnis von Solidarität und Gerechtigkeit. Märkte aber, die dem neoliberalen Regelregime unterstehen, – dies hat die Globalisierung gezeigt – verteilen Ressourcen, Rechte, Beschäftigung, Einkommen und Sicherheiten höchst ungleich. Auf den Märkten wird um Eigentum, Ressourcenkontrolle, Zugang zu Wohlstand und Sicherheiten konkurriert. In diesem Wettbewerb ziehen die Schwachen den Kürzeren, die Starken werden gestärkt.

Diese Spielregeln der Weltwirtschaft werden durch die neoliberale Politik der global mächtigsten Akteure durchgesetzt: durch die Weltbank mit ihrer Wachstums- und Privatisierungsfixierung, durch den IWF mit seiner rücksichtslosen Verschuldungs- und Finanzpolitik, durch die WTO mit ihrer Investitions- und Freihandelsbesessenheit, durch die G8, die den Kurs von Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung mit wenig Rücksichten auf soziale Rechte und menschliche Sicherheiten und mit wenig Rücksichten auf demokratische Verfahren forciert. Die Politik der global einflussmächtigsten Regierungen erklärt die Mechanismen des transnationalen kapitalistischen Markts zu Sachzwängen, denen gehorcht werden muss, und stellt sich selbst damit zunehmend in den Dienst der Wirtschaft bzw. der Interessen des transnationalen Kapitals.

Doch die Herstellung und Verteilung von Wohlstand und menschlicher Sicherheit dürfen nicht den Märkten überlassen bleiben. Frauen müssen in diesem globalen Risikosystem durch ein multidimensionales Sicherungssystem empowert werden, dass auf Anspruchs- und Schutzrechten beruht, auf legitimen Anrechten, Zugang zu Ressourcen, nachhaltigen Lebensgrundlagen und Daseinsvorsorge zu haben. Der Ort des Geschehens dafür ist nicht der Markt, sondern die Demokratie und eine gemeinwohl- und gerechtigkeitsorientierte Politik. Die muss sowohl auf

nationalstaatlicher Ebene als auch von den Global Governance Regimen eingefordert werden.

In bezug auf Geschlechtergleichheit und die Unterstützung von Frauen sind Mehr-Ebenen-Strategien notwendig. Frauen sollten - und sie müssen – auf der Mikro-Ebene empowert werden, damit sie selbst ihre praktischen und strategischen Interessen und ihre Rechte in Kämpfen um Ressourcenkontrolle, in gewerkschaftlicher Organisation und lokalen politischen Verhandlungen erstreiten können. Gleichzeitig aber muss verhindert werden, dass auf der lokalen, nationalen und globalen Ebene neoliberale Politiken und Institutionen die sozialen Spaltungen und Polarisierungen vorantreiben, und den Schwachen in den Gesellschaften und damit der Mehrzahl der Frauen Rechte und soziale Sicherheiten vorenthalten.

Lebensrisiken werden zu keiner Zeit auszuschließen sein. Doch in einer Welt, die noch nie über einen solchen Güter- und Ressourcenreichtum verfügte, wie die heutige, sollten und könnten grundlegende Sicherheiten im Leben von einer gemeinwohlorientierten Politik als globale soziale Rechte umgesetzt werden.